



Gwärb Poscht

Offizielles Organ Gewerbeverein Thuner KMU

Editorial



Liebe KMU-Mitglieder

Die Wahlen in der Stadt Thun bilden erneut den Schwerpunkt dieser Ausgabe. Doch im Vergleich zum

letzten Sommer – mit den a.o. Ersatz- und Ergänzungswahlen – geht es am 29. November um mehr: Weil dieses Mal die gesamte Regierung plus das Parlament personell neu besetzt werden – für vier Jahre. Der Vorstand von Thuner KMU hat beschlossen – wie schon vor vier Monaten – ausschliesslich die Bürgerlichen zu unterstützen, da diese mit KMU zusammenarbeiten und das Gewerbe jederzeit unterstützen. Somit werden die SVP Thun (Liste 1), die FDP Thun (Liste 4) und die neue Demokratische Allianz Thun (Liste 5) unterstützt. Letztere Gruppierung entstand aus Die Mitte Thun heraus, nachdem diese die FDP hängen liess und in die Fraktion GLP/EVPI/EDUI/Die Mitte/PARTEILOS übersiedelte. In Zusammenhang mit dieser neuen Fraktions- und nun auch Listenkonstellation und der damit verbundenen Kandidatur von Stadträtin Vanessa Meier (GLP) für den Gemeinderat, wurde auch ihre Rolle als Vorstandsmitglied zum Thema. Der Interessenskonflikt wurde innerhalb des Vorstands mit Kollegin Meier offen besprochen – und zwar unabhängig ihres Wirkens im Rahmen der Vorstandsfunktion. Letztlich hat Vanessa Meier selbst entschieden, ihr Mandat bei Thuner KMU niederzulegen. Somit kann sie sich nun KMU-unabhängig auf ihre Kandidatur konzentrieren. Wir danken ihr für den geleisteten Einsatz. Eine Zuwahl ist aktuell nicht nötig, diese wird im Rahmen der nächsten Hauptversammlung stattfinden.

Thomas Krebs,
Präsident Gewerbeverein Thuner KMU

Wahlen in Thun: Zurück zur bürgerlichen Mehrheit!

Wenn die wahlberechtigten Thunerinnen und Thuner am 29. November 2026 abermals über ihre Volksvertretungen in Regierung und Parlament entscheiden, werden die Karten diesmal vollständig neu gemischt: Und zwar im 5-köpfigen Gemeinderat und im 40-köpfigen Stadtrat. Für die Gesamterneuerungswahlen gibt es indes nur eine Zielsetzung: Rückeroberung der bürgerlichen Mehrheit – und das in beiden Gremien.

Für die SVP Thun sollte das heissen: Rückeroberung des im Sommer 2026 verloren gegangenen Regierungssitzes. Um das zu schaffen, steigt neben den beiden bisherigen neu Serge Lanz ins Rennen. Er komplettiert mit Stadtpräsidentin und Gemeinderätin Eveline Salzmann sowie Gemeinderat Reto Schertenleib die Liste 1 der SVP – und hat gute Chancen, gewählt zu werden. Für die beiden Amtierenden dürfte die Wiederwahl Formsache sein. Zur Erinnerung: Im Proporzwahlssystem hat die SVP vor vier Jahren erstmals drei Sitze erobert – einen aber in der a.o. Ergänzungswahl vor vier Monaten an die SP verloren. Nun gilt es, diesen in der neuerlichen Verhältniswahl mit Serge Lanz, welcher zuvor rund zehn Jahre Mitglied des Stadtrats war, zurückzuerobern. Gelingt dies nicht, stehen der SVP Thun (Liste 1), SVP Thun Zukunft (Liste 7) mit der FDP Thun (Liste 4) und der Demokratischen Allianz Thun (DA/Liste 5) noch Verbündete zur Seite – im Rahmen der gemeinsamen Listenverbindung. Und auf diese kommt es

im Proporzsystem besonders an – da die Sitze gemäss dem Anteil Stimmen, den die einzelnen Parteien via ihre Listen erhalten, verteilt werden. Innerhalb der jeweiligen Parteien sind dann die Kandidierenden mit den meisten Stimmen gewählt.

Bürgerliche Mehrheit steht über allem

Schaffen die Bürgerlichen – egal mit welcher Partei – den dritten Sitz nicht, bleibt es im Gemeinderat bei einer links-grünen Mehrheit. Was für die nächste Legislatur nicht sonderlich beruhigend wäre. So auch nicht für das Gewerbe: Denn KMU sind politisch und weltanschaulich traditionell bürgerlich orientiert. Das liegt zum einen an einer tiefen historischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtung, leitet sich aber auch von den Stadtbewohnern – den Bürgern – ab, deren Existenz auf eigenem Besitz und selbständiger Arbeit beruht. Des Weiteren deckt sich die ökonomische DNA des Gewerbes präzise mit den Kernwerten der bürgerlichen Philosophie – so beim

Inhalt

- 1 – 3 Thuner Gesamterneuerungswahlen 2026**
- 4 – 7 Parteiprääsidenten / Stadtrats-Kandidierende**
- 8 + 9 Ein Wahlskandal mit vielen offenen Fragen**
- 10 + 11 Volksabstimmungen vom 29. November 2026**

Schutz des Privateigentums, bei Leistungsprinzipien und Eigenverantwortung oder bei wirtschaftlicher Freiheit. Zudem fordert das bürgerliche Lager eine schlanke Staatsquote. Konkret mit geringer Steuerlast, Abbau von Bürokratie und Subsidiari-

tät. KMU sind bürgerlich orientiert, weil bürgerliche Politik die Bedingungen sichert, die selbständiger Unternehmer zum Überleben brauchen: Unternehmerische Freiheit, Schutz des Erarbeiteten und ein berechenbares, stabiles Marktumfeld.

SVP Thun (Liste 1): Das Gemeinderats-Ticket



Eveline Salzmann, GR/
Stadtpäsidentin/bisher



Reto Schertenleib,
Gemeinderat/bisher



Serge Lanz, Kandidat
Gemeinderat/neu

Die **SVP Thun** (Liste 1) steigt am 29. November mit Stadtpäsidentin und Gemeinderätin **Eveline Salzmann** (Vorsteherin Direktion Präsidiales und Stadtentwicklung) und Gemeinderat **Reto Schertenleib**, Vorsteher Bau und Liegenschaften, ins Rennen. Beide sind seit vier Jahren Mitglied der Stadtregierung und werden auf der Liste 1 kumuliert. **Serge Lanz** komplettiert die Liste 1 auf der 5. Linie – schliesslich geht es ja nicht ganz ohne Lanz. Nach fast zehn Jahren Stadtratstätigkeit ist der ausgebildete Betriebsökonom MBA bereit, von der Legislative in die Exekutive zu wechseln. Er ist ein Macher und Umsetzer und will Thun weiterentwickeln. Mit dem Trio Salzmann/Schertenleib/Lanz verfügt die SVP Thun für den Gemeinderat über ein starkes Gespann. Des Weiteren tritt die SVP Thun auch mit SVP Zukunft an – auf Liste 7. Mit dieser setzt die Volkspartei bewusst auf die Jugend. Für den Gemeinderat kandidieren auf der Liste 7 **Angel-Simon Okaside** (kumuliert), Stadtrat **Leonardo Schlatter**, **Guhao Li** und **Sabrina Wenger-Pilss**. Im Parlament hat die SVP Thun aktuell neun Sitze – und will um mindestens einen oder zwei Sitze zulegen.

FDP Thun (Liste 4): Zurück in die Regierung



Reto Beutler, Kandidat
Gemeinderat/neu



Aliosha Walter, Kandidat
Gemeinderat/neu



Christian Urban Schilling,
Kandidat Gemeinderat/neu



Ricarda Bender-Gäl,
Kandidatin Gemeinderat/neu

Die **FDP Thun** (Liste 4) greift mit Parteipräsident und Stadtrat **Reto Beutler** an, welcher kumuliert ist. Der 47-jährige Wirtschaftsingenieur mit EMBA ist in der IT-Branche tätig und gilt innerhalb der Partei als Kopf der Zukunft. Er kennt das Thuner Politparkett aus dem Eff-Eff und will vor allem, dass auf Worte Taten folgen – sprich: Tragfähige Lösungen. Komplettiert wird die Liste 4 (FDP) auf Ebene Gemeinderat mit **Aliosha Walter**, **Christian Urban Schilling** und **Ricarda Bender-Gäl**. Die Liberalen setzen am 29. November alles daran, ihren im Jahr 2018 verloren gegangenen Sitz in der Exekutive endlich zurückerobern zu können. Im Zusammenspiel mit der SVP und DA ist auf die FDP stets Verlass – der bürgerliche Schulterschluss funktioniert nicht nur bei Wahlen sondern wird auch in der gemeinsamen Parlamentsarbeit transparent gelebt. Aktuell hat die FDP im städtischen Parlament drei Sitze – ein Sitzgewinn ist damit legitimer Anspruch.

DA Thun (Liste 5): Die neue politische Kraft



Tahir Pardan, Kandidat
Gemeinderat/neu



Darshikka Krishnanantham-
Vadivelu, Kandidatin GR/neu



Oliver Knecht, Kandidat
Gemeinderat/neu



Astrick Reist, Kandidatin
Gemeinderat/neu

Die **Demokratische Allianz Thun** (Liste 5) entstand im vergangenen April aus der damaligen Die Mitte Thun heraus – nachdem sich die Partei in einem nie dagewesenen, selbstinszenierten und kolossal peinlichen Sommertheater selbst zerfleischt hat. Die durchtriebenen Intrigespielchen, welche die GwärbPoscht in der letzten Ausgabe publik machte, hat die Demokratische Allianz (DA) als neue Kraft eher gestärkt als geschwächt. DA bewegt sich politisch mittig bis mitte-rechts – und ist freiheitlich, demokratisch, sozialbewusst und wirtschaftsfreundlich unterwegs. Mit vier Kandidierenden auf fünf Linien kämpft DA auf der Liste 5 nun erstmals um einen Sitz im Gemeinderat – konkret mit **Tahir Pardan** (kumuliert), Parteipräsident **Oliver Knecht**, **Darshikka Krishnanantham-Vadivelu** und Stadträtin **Astrick Reist**. Im Parlament gilt es den bisherigen Sitz zu verteidigen – und zuzulegen.

Die Mitte Thun ist kein Thema mehr

Nachdem Die Mitte Thun vor sieben Monaten die FDP als Fraktionspartnerin Knall auf Fall im Regen stehen liess und zur Fraktion GLP/EVP/EDU/PARTEILOS übersiedelte, ist diese Partei für bürgerlich Denkende erledigt. Die unappetittliche Posse, welche selbst gestandene Mitte-Urgesteine zur Weissglut brachte, bleibt indes in den Köpfen – und hoffentlich so in Erinnerung, dass dies beim Ausfüllen des Wahlmaterials sichtbare Konsequenzen mit sich zieht. Für den Vorstand Thuner KMU hat sich das Thema Die Mitte Thun auf Stufe Gemeinderat erledigt. Entsprechend gibt es für diese Partei diesbezüglich keine Unterstützung mehr. Thuner KMU setzt am 29. November 2026 im Gemeinderat klar auf SVP, FDP und DA Thun.

Richtungswahl für die nächsten vier Jahre

Ein Zahlenspiel zum Schluss: Am 29. November 2026 kandidieren in der Stadt Thun für den Gemeinderat insgesamt 27 Personen auf 7 Listen – 14 Frauen und 13 Männer kämpfen also um fünf Sitze. Hier gilt es, die bürgerliche Regierungsmehrheit, welche bei der Stichwahl am 5. Juli 2026 verloren ging, zurückzuerobieren.

Auch die Parlamentswahl ist entscheidend

Um im städtischen Parlament gut aufgestellt zu sein, ist auch hier eine bürgerliche Mehrheit für die kommenden vier Legislaturjahre entscheidend. Für die 40 Parlamentssitze kandidieren am 29. November 2026 insgesamt 203 Personen – oder 88 Frauen und 115 Männer auf 11 Listen. Für den Vorstand Thuner KMU ist auch auf Ebene Stadtrat klar: Es werden nur die bürgerlichen Kräfte unterstützt – also auch hier nur SVP, FDP und DA Thun.

Marco Oswald



Am 29. November 2026 wird in Thun gewählt. Dann stellt sich die Frage, wer ab 1. Januar 2027 neu ins Rathaus einzieht.

Die bürgerlichen Parteipräsidenten sprechen vor den richtungsweisenden Wahlen Klartext

Valentin Borter (SVP), Reto Beutler (FDP) und Oliver Knecht (DA): Die Präsidenten der drei bürgerlichen Parteien Thuns sprechen von richtungs- und wegweisenden Wahlen – und reden im exklusiven Gespräch mit der GwärbPoscht Klartext. Die «Elefantenrunde» auf der Egg, am höchsten Punkt der Gemeinde Thun, fand deswegen in Goldiwil statt, um aus der Höhe in die Tiefe zu blicken – oder auf die letzten vier Monate, seit Thun links-grün regiert wird.



Der SVP-Parteipräsident, Valentin Borter: Der 31-jährige Unternehmer ist wie immer gut gelaunt, auf 1'172 Höhenmetern ohnehin. Von der Sonnenterrasse Thuns – ganz oben auf der Goldiwiler Egg im Dürrenbergwald – blicken wir vom höchsten Punkt der Gemeinde Thun durch Bäume, Äste und Zweige

runter auf die schöne grüne Aare, welche auf 552 Metern über Meer durch die elftgrößte Stadt der Schweiz fliesst.

Was löst der Blick in die Tiefe aus?

Valentin Borter lacht ab der Frage und antwortet wortgewandt: «Tiefe Gefühle, natürlich» – und schiebt nach: «Aber diese sind eher emotional geprägt.» Ja: Der Unternehmer wäre im vergangenen Sommer gerne Thuner Gemeinderat geworden. Aber am Ende stand ihm bei der unnötigen Ergänzungswahl ein unbekannter SP-Mann vor der Sonne. Logisch, ist der Stichentscheid vom 5. Juli bis heute nicht ganz endverdaut. Nüchtern meint der Wirtschaftsjurist MSc dazu: «Wer antritt, will gewählt werden – das schleckt keine Geiss weg. Aber letztlich geht es weniger um meine Nichtwahl als vielmehr um den Verlust der bürgerlichen Regierungsmehrheit.» Und diese schmerze deutlich mehr als die eigene Niederlage, so der 31-jährige Stadtrat, seit 8. August 2018 Mitglied des Parlaments.

Darum keine neuerliche Kandidatur als Gemeinderat

Valentin Borter sieht seinen Verzicht, nicht neuerlich für den Gemeinderat zu kandidieren, pragmatisch: «Es ist richtig, am 29. November nicht nochmals anzutreten. Ich konzentriere mich nun lieber auf die Wiederwahl in den Stadtrat. Vorausgesetzt dass das klappt, freue ich mich auf das Stadtratspräsidium 2027. Es ist ein Amt, welches man in der Regel nur einmal im Leben ausüben kann.» Die Wahl zum höchsten Thuner dürfte dann Formsache sein: Das Parlament wählt am 22. Januar 2027. Im Gegenzug sieht Valentin Borter in SVP-Gemeinderatskandidat Serge Lanz

starkes Potenzial: «Mit dem stadtbekannten Serge Lanz auf der 5. Linie haben wir in Ergänzung zu den beiden Bisherigen ein überaus starkes Ticket.» Borter selbst fällt wegen der neuen Konstellation kein Zacken aus der Krone – im Gegenteil: «Man muss im Leben auch analysieren können – und aus Niederlagen lernen. Ich habe die Wahlergebnisse vom letzten Sommer intensiv aufgearbeitet – es ist wie es ist.» Dann schlägt er die Brücke: «Ein Fussballtrainer nimmt auch personelle Wechsel vor. Er geht nicht immer mit derselben Mannschaftsaufstellung in ein Spiel. Ich habe damit also überhaupt kein Problem.»

«Wer verlässliche Politik will, wählt bürgerlich!»

Kämpfen tut Valentin Borter sowieso – und zwar in präsidentialer Rolle und damit auch an vorderster Front in der Wahlleitung: «Wir haben für den Gemeinderat als auch für den Stadtrat sehr gute und überaus qualifizierte Kandidierende.» Und fügt nach: «Wer verlässliche Stadtpolitik will, wählt am 29. November bürgerlich.» Interessant: Borter sagt nicht, SVP wählen – sondern nennt alle drei bürgerliche Parteien still in einem Atemzug. Warum? «Weil ein Machtanspruch der SVP Thun nicht zielführend ist. Weder auf Stufe Exekutive noch für die Legislative. Bei Proporzwahlen müssen wir Bürgerlichen gesamtheitlich denken – und geschlossen aufzutreten. Das Wahlsystem lässt gar nichts anderes zu.» Zur Aufklärung: Bei Verhältniswahlen holen am Schluss jene Parteien mit den meisten Stimmen die meisten Sitze. Was bedeutet: Ohne Listenverbindung oder Unterlistenverbindung bei Proporz geht gar nichts.

«Links-grüne Mehrheit muss gesprengt werden»

Damit die Rückeroberung der bürgerlichen Mehrheit auf Stufe Gemeinderat gelingt, haben SVP, FDP und DA den Schulterchluss fixiert – nachdem dies Anfang Jahr mit Die Mitte bekanntlich nicht gelang (vgl. letzte Ausgabe). Der SVP-Parteipräsident wiederholt sich bewusst nochmals: «Wer von der SVP, FDP und DA letztlich den Sitz holt, spielt überhaupt keine Rolle. Hauptsache, die links-grüne Mehrheit wird gesprengt, damit wieder klare Verhältnisse herrschen.» Zur Erinnerung: Seit vier Monaten ist der 5-köpfige Gemeinderat durch zwei SVP-, zwei SP-Vertretungen und einer Grünen-Vertretung in links-grüner Mehrheit. «Um das zu korrigieren, bietet sich nun die allerletzte Chance – sonst ist es für die nächsten vier Jahre vorbei», so Borter. Warum das so wichtig ist, erklärt er gleich selbst: «Weil eine bürgerliche Regierungsmehrheit für die Wirtschaft und die KMU ein zentraler Erfolgsfaktor ist. Sie sorgt für stabile, liberale Rahmenbedingungen und finanzpolitische Berechenbarkeit. Wenn 98 Prozent aller Thuner Betriebe Klein- und Mittelunternehmen sind und diese rund zwei Drittel all unserer Arbeitsplätze stellen, hat die Ausrichtung der Regierungspolitik nicht nur direkte Aus-

wirkungen auf die wirtschaftliche Existenz dieser Unternehmen – sondern auch auf das ganze Leben in Thun.» Laut Borter heisst das: «Es steht also am Ende Monat weit mehr auf dem Spiel als viele denken. «Ob wir im Gemeinderat mit 3:2 in der Mehrheit sind oder am Ende 2:3 verlieren, ist wirklich entscheidend. Wir wollen in der nächsten Legislatur Weiterentwicklung, Umsetzung und messbaren Fortschritt – und nicht über Veloständerprobleme diskutieren» – damit wäre das auch platziert. Die letzten vier Monate hätten gezeigt, «dass nicht viel passiert ist.» Borter umschreibt es so: «Vieles lief unter dem Radar. Aber in jüngster Konstellation konnten wir kaum Akzente setzen, deshalb muss sich das jetzt ändern.»

Mobilisierung entscheidend: An die Urne und wählen!

In diesem Kontext spielt natürlich auch das Thema Mobilisierung eine zentrale Rolle: «Wir Bürgerlichen dürfen nicht bloss über die Wahlen reden – sondern müssen auch aus Überzeugung aktiv an die Urne. Die Konkurrenz kann nur überflügelt werden, wenn wir die hierfür nötigen Stimmen holen. Das gilt im Übrigen auch für den Stadtrat», so Borter. Hier hat die SVP Thun aktuell neun Sitze – und will um mindestens einen oder zwei zulegen. Valentin Borters Zielformulierungen sind also unmissverständlich. Und der Wahlauftritt ebenso. Dann hat er alles gesagt – und macht auf dem Bänkli Platz. Bevor er zur Seite rutscht, fügt er noch an: «Hier in Goldiwil ging ich übrigens zur Schule – ab der vierten bis zur sechsten Klasse. Das war eine tolle Zeit.»



Der FDP-Parteipräsident, Reto Beutler: Der 47-jährige ist dynamisch, stets voller Tatendrang und begeistert mit seinem Charisma. Seine ansteckende Art sorgte auch in der FDP Thun für Aufbruch. Seit Reto Beutler die Partei führt, gehören verkrustete Strukturen der Vergangenheit an – Aufbruch

heisst das neue Motto. Oder: Wenn nicht jetzt, wann dann? Die Partei steht klar für weniger Bürokratie und Regulierung. Für tiefe Steuern und Abgaben. Für flexiblen Arbeitsmarkt – aber auch für Eigentumsgarantie und Eigenverantwortung sowie Stärkung der dualen Berufsbildung. Wird der FDP vorgeworfen, mit bürgerlicher Politik den sozialen Ausgleich oder den Arbeitnehmerschutz zu vernachlässigen, hält Beutler mit einer klaren liberalen Position dagegen. Zumal die Liberalen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik weiterhin die mit Abstand grösste und unbestrittene Kernkompetenz besitzt – auch wenn das andere vielleicht nicht (mehr) so sehen. Beutler sagt hierzu: «Manche linksorientierte Medien mögen den Eindruck vermitteln, die FDP Thun habe in Zeiten dominierender Alltagsorgen an Zugkraft verloren. Wir sehen das anders: Im Vergleich zu den Polparteien sind wir breit aufgestellt, engagiert und übernehmen auch bei

klassischen Sozial- und Ökologithemen Verantwortung.» Beutler will die Kräfte auf jene Themen konzentrieren, bei denen seine Partei etwas bewegen kann: «Es ist wertvoller, sich auf die entscheidenden Fragen zu konzentrieren, als überall mitreden zu wollen. Wir engagieren uns dort, wo wir für Thun konkrete Verbesserungen erreichen können», hält Reto Beutler fest.

Thun ist weit mehr als nur die Stadt an der Aare

Szenenwechsel: Bis 1912 war Goldiwil eine eigenständige politische Gemeinde. Erst am 1. Januar 1913 wurde das Dorf nach Thun eingemeindet. Reto Beutler sagt: «Thun endet nicht im Gwatt, im Lerchenfeld oder am Hünibachkreisel. Auch Goldiwil gehört zu unserer Stadt – mit rund 1'200 Einwohnerinnen und Einwohnern und einer entsprechend wichtigen Stimme in der Politik.» Mit Blick hinunter zum Thuner Rathaus stützt er die Aussagen seines Kollegen von der SVP: «Ja, die drei bürgerlichen Parteien Thuns – FDP, SVP und neu DA – vertreten effektiv standhaft die Erwartungen ihrer Bürgerinnen und Bürger und unterstützen die Interessen des Gewerbes. Und wenn wir die KMU in Kontext zur bürgerlichen Mehrheit erwähnen, dann deshalb, weil wir die Wirtschaft kennen, den Werksplatz Thun schätzen und stärken wollen und genau wissen, was die Klein- und Mittelunternehmen uns bedeuten.» Bürgerliche Mehrheit sei keine Floskel – sondern für das lokale Gewerbe matchentscheidend, bringt es Reto Beutler auf den Punkt.

«Mehrheiten sind entscheidend»

Der FDP-Präsident liefert hierzu ein Beispiel: «Die Bevölkerung sieht oft nicht, was hinter den Kulissen der Politik wirklich läuft. Wir Stadtratsmitglieder erleben es aber auf Stufe Parlament täglich – oder erfahren es zumindest monatlich in den Stadtratssitzungen. Und da ist bei manchem Geschäft schon sehr entscheidend, wie sich die Mehrheit verteilt.» Entsprechend hält sich auch der FDP-Mann mit einer klaren Ansage nicht zurück: «Die Rückeroberung der bürgerlichen Mehrheit auf Stufe Gemeinderat steht über allem – aber auch in der Legislative müssen wir mehrheitsfähig sein.» Seit der 47-jährige Präsident der FDP Thun ist, geht es mit der Partei aufwärts. Der Wirtschaftsingenieur mit EMBA hat nunmehr 21 Monate als Mitglied des Stadtrats auf dem Buckel – und macht seine Aufgabe bislang sehr gut. Nicht nur für eine Vielzahl von Thunerinnen und Thuner sondern auch für Beutler selbst haben die Liberalen längst wieder Anspruch auf mehr, entsprechend seriös haben sie sich auf die bevorstehenden Gesamterneuerungswahlen vorbereitet: Mit einem klaren Parteiprogramm, starken Kandidierenden und mit Fokus auf Inhalte – und nicht Schönwetterparolen. Seit 1. Januar 2019 hat die FDP keine Vertretung mehr im Gemeinderat von Thun. Ihre Gemeinderätin wurde im November 2018 abgewählt. Beutler sagt klar: «Die Zeit ist reif.» Selbe Formulierung findet sich auch im Wahlprospekt, was klar macht: Die FDP Thun will zurück in den Gemeinderat – und gleichzeitig auch stärker im Stadtrat vertreten sein. «Wir sind überzeugt, dass wir am 29. November 2026 zulegen», so Reto Beutler. Mit unseren Kandidierenden

bieten wir eine breite Auswahl an erfahrenen Persönlichkeiten – aber auch viele neue Köpfe. Alle bringen unterschiedlichste Perspektiven mit, verfügen über vielfältige Kompetenzen und über breites Fachwissen.» Diese Vielfalt sieht Beutler gleichzeitig als eine Stärke: «Sie ermöglicht es uns, Herausforderungen aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten, fundierte Lösungen zu entwickeln und Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt zu übernehmen.» Damit hat Reto Beutler alles gesagt – Zeit also, nun für den Parteikollegen von DA auf der Bank hoch über der Stadt Platz zu machen.



Der DA-Parteipräsident, Oliver Knecht: Der 38-jährige hat turbulente Monate hinter sich. Der Knatsch mit Die Mitte Thun hat ihm Anfang Jahr zwar zugesetzt – aber mittlerweile blickt er nur noch positiv gestimmt und zuversichtlich in die Zukunft. Erst kürzlich ist Oliver Knecht Vater geworden

– und ganz nebenbei hat er auch gleich noch eine neue Partei auf die Beine gestellt: Die Demokratische Allianz Thun haben er und seine Verbündeten personell stark aufgestellt. DA ist damit in guter Position, um am 29. November 2026 in Thun etwas zu reissen. Oder wie es alt-Gemeinderat Konrad Hädener in einem Testimonial im DA-Wahlprospekt ausspricht: «DA ist meine Wahlempfehlung. Die Demokratische Allianz ist eine junge, frische Kraft in der Thuner Politik. Bei den Gemeindewahlen vom 29. November 2026 verdient sie eine Chance – geben wir sie ihr!» Dieses Statement ist umso beachtlicher, als dass Konrad Hädener einst für die CVP einen Sitz im Thuner Gemeinderat eroberte – und diesen vier Jahre später für Die Mitte Thun verteidigte – womit er acht Jahre Bauvorsteher war. Wie KMU-Mitgliedern bekannt, hat Hädener letzten Frühsommer die Lokalpartei Die Mitte Thun verlassen – und ist aufgrund des innerparteilichen Gezänks ausgetreten – ebenso wie Ursula Haller, notabene nicht nur alt-Gemeinderätin, sondern auch alt-Nationalrätin.

DA orientiert sich nach drei Säulen

Die neo-Partei DA orientiert sich an drei Säulen: Vernunft, Verantwortung und Vertrauen. Vernunft primär mit rationalen, sachlichen und realistischen Entscheidungsfindungen – und nicht mit Ideologien oder durch Emotionen. Politik soll für DA primär Verantwortung für das Handeln im Interesse der Bürger wahrnehmen – und das in aktiver Rolle. So mit klaren Zielen, ehrlich betreffend Finanzierung, der Nennung von möglichen Zielkonflikten oder auch in Bezug auf realistische Umsetzbarkeit. Und weil DA Politik auf Basis von Vertrauen sieht, soll mit glaubwürdiger Kommunikation vertrauensvolles Miteinander überhaupt erst möglich gemacht werden. Was zeigt: Oliver Knecht hat mit der neuen Demokratischen Allianz Thun klare Vorstellungen. Als wir zum

Gespräch starten, scheint die Sonne mitten auf die Bank. Es ist wie ein Fingerzeig von oben. Knecht geniesst den Moment und sagt nach einem kurzen Blick in die Tiefe: «Wir könnten jetzt lange über das Theater vom letzten Frühling reden. Doch das bringt nichts mehr. Ich habe mit diesem Kapitel abgeschlossen und richte den Fokus jetzt lieber nach vorne.» Rückblicke seien etwas für die Geschichtsbücher – und die würden mit Blick auf die bevorstehenden Gesamterneuerungswahlen ja ohnehin erst noch geschrieben, meint Knecht lächelnd. Vielmehr will er seine Partei bekannt machen – und sagen, was DA auszeichnet und warum die neue Gruppierung anders politisieren will: «Uns ist wichtig, mit allen zusammen zu arbeiten. Denn nur im Konsens erzielen wir gute und tragfähigen Lösungen für alle», so Oliver Knecht. «Wir suchen primär nach Mehrheiten, verstecken aber dabei unsere eigene Haltung nicht.»

DA, DA, DA – Aha...

Die neue Demokratische Allianz Thun ist klar in der Sache – aber fein und fair im Umgang. Und in abgekürzter Form ist DA ja ohnehin legendär. DA wird unweigerlich mit der deutschen Kultband Trio in Vergleich gesetzt. Als der Song «Da, Da, Da, ich lieb dich nicht du liebst mich nicht, aha» am 9. Februar 1982 veröffentlicht wurde, schoss Stephan Remmlers Werk in den europäischen Hitparaden sogleich durch die Decke. Wird DA in Thun ebenso erfolgreich, kann sich die Konkurrenz schon mal warm anziehen – aber Spass beiseite. Oliver Knecht biegt sich ab der Einlage vor lachen – und stimmt den Song hoch über dem Thunersee sogleich an. Die beiden Präsidenten von SVP und FDP singen gleich mit. Was zeigt: Politik mag in Thun und in der Freitags-Arena von SRF immer als giftig und ernst rüberkommen – aber die meisten Politiker – egal welcher Partei – pflegen grundsätzlich ein viel besseres Verhältnis untereinander als allgemein angenommen. Etwas Show gehört ja auch zum Geschäft – was sich auch hier in Goldwil zeigt: Jeder mit einer Ansage, lautes Getöse – aber am Schluss liegt ein gemeinsames Bier immer drin. Und so muss es ja sein. Oliver Knecht macht hier keine Ausnahme: Als Vorsorgeberater und dipl. Finanzberater IAF ist sich der DA-Präsident gewohnt, täglich einstecken und austeilen zu müssen – oder Herausforderungen anzupacken, um passende Lösungen für alle anzustreben. Daneben ist er zwecks Ausgleich sportlich unterwegs, was im Alltag ebenfalls hilft: Dank Fussball kennt er Angriff und Verteidigung – und beim Billardspiel jede Form von Winkelzügen. So weiss er, wie man wann richtig einlocht. Damit bringen Oliver Knecht und seine neue Partei alles Nötige mit, um sich inskünftig in der Stadt Thun richtig zu positionieren – im idealen Zusammenspiel mit SVP und FDP – womit der bürgerliche Weg geebnet ist. Die Thuner Wählerschaft hat am 29. November 2026 die Möglichkeit, eben diesen Weg mitzugehen. Würde man hierzu «einen Arzt oder Apotheker fragen», stünde auf der Packungsbeilage dann: Wählen Sie bürgerlich – so können Sie sich auf rasche Besserung verlassen. Damit ist alles gesagt.

Marco Oswald

Wieder in den Stadtrat – Neu in den Stadtrat: Wer von SVP, FDP und DA Thun kandidiert

SVP Thun (Liste 1): 9 Bisherige

Peter Aegerter (seit 1. Januar 2011/aktuell Fraktionspräsident), **Mathias C. Berger** (seit 20. Oktober 2021), **Thomas Bieri** (seit 7. Mai 2021), **Valentin Borter** (seit 8. August 2018/aktuell Parteipräsident), **Philipp Deriaz** (seit 12. Januar 2012), **Sonja Graf** (seit 4. Juni 2021), **Christoph Lauener** (seit 12. August 2020), **Alexandre Reymondin** (seit 1. Januar 2023) und **Leonardo Schlatter** (seit 1. März 2023). Diese 9 Bisherigen kandidieren am 29. November 2026 erneut für den Stadtrat.

SVP Thun (Liste 1): 16 Neue

Serge Lanz, Bruno Abbühl, Martin Enchev, Guhao Li, Angel-Simon Okaside, Sven Sahli, Simon Anderegg, Fabien Brun, Roger Brun, Lars Fasske, Markus Finger, Andrea Hadorn, Martin Marggi, Jason Schleibach, Marlen Schmocker und Sabrina Wenger-Pilss. Diese 16 Personen kandidieren am 29. November 2026 zusätzlich und neu für den Stadtrat.

FDP Thun (Liste 4): 3 Bisherige

Reto Beutler (seit 16. Februar 2023/aktuell Parteipräsident), **Mark van Wijk** (seit 1. Januar 2015/aktuell Fraktionspräsident) und **Claude Schlappbach** (seit 1. Januar 2011). Diese 3 Bisherigen kandidieren am 29. November 2026 erneut für den Stadtrat.

FDP Thun (Liste 4): 16 Neue

Ricarda Bender-Gàl, Nicole Berner, Marieluise Jutzi, Aliosha Walter, Christian Urban Schilling, Vincenzo Ciardo, Mey Fokas, Isabelle Zimmermann, Alex Spora, Christoph Meyer, Marc Salvisberg, Nicola Grossenbacher, Rudolf Rawyler, Fabian Reichle, Martin Schönholzer und Michael Bircher. Diese 16 Personen kandidieren am 29. November 2026 zusätzlich und neu für den Stadtrat.

Demokratische Allianz Thun (Liste 5): 1 Bisherige

Astrick Reist (seit 1. Juni 2026). Die bislang einzige Bisherige kandidiert am 29. November 2026 erneut für den Stadtrat.

Demokratische Allianz Thun (Liste 5): 9 Neue

Tahir Pardhan, Darshikka Krishnanantham, Oliver Knecht, Andrea Knecht, Jassin Pardhan, Carmen Reist, Eiven Reist und Buenaventura Reist. Diese 9 Personen kandidieren am 29. November 2026 zusätzlich und neu für den Stadtrat.

Stadtrat: So wurde vor vier Jahren gewählt

Vor knapp vier Jahren, am 27. November 2022, hat die Stimmbevölkerung von Thun im Rahmen der ordentlichen Gesamterneuerungswahlen die 40 Sitze des Stadtrats wie folgt neu bestellt: Die SVP Thun erreichte 9 Sitze – und blieb damit wählerstärkste Partei im städtischen Parlament. Dahinter lagen die Grünen mit 8 Sitzen, die SP holte 7 Sitze. Die FDP Thun, Die Mitte Thun, die GLP und PARTEILOS erzielten je 3 Sitze, was für eine alleinige Fraktion nicht ausreichte (mindestens 4 Sitze). Die EVP und die EDU Thun holten 2022 je 2 Stadtrats-Sitze. Insgesamt haben sich vor vier Jahren in Thun 218 Kandidierende – davon 82 Frauen und 136 Männer – auf 11 Listen zur Wahl für einen Sitz im 40-köpfigen Parlament gestellt.

Frohe Festtage und einen guten Rutsch

Mit dieser GwärbPoscht-Ausgabe Nummer 86 beschliessen wir das Jahr 2026 nach vier Nummern. Der Vorstand Thuner KMU bedankt sich an dieser Stelle für Ihre Mitgliedschaft, Ihr Vertrauen, Ihr Engagement und Ihr Wirken und wünscht Ihnen, Ihrer Belegschaft und Ihren Angehörigen eine schöne Adventszeit, besinnliche und erholsame Festtage und schon jetzt einen gesunden, guten und erfolgreichen Start in das neue Jahr. Wir freuen uns auf 2027 mit Ihnen – und auf alles was kommt. Herzlichen Dank!

Thomas Krebs (Präsident Gewerbeverein Thuner KMU), **Stefan Schmutz** (Vizepräsident/Sekretär), **Larissa Hildbrand, Sven Zbinden, Beat Leuenberger und Benjamin Boss** (Mitglieder des Vorstands)

Stadt Thun: Ein Wahlskandal mit vielen offenen Fragen – und keinerlei Transparenz

Als ob das Polit-Sommertheater nicht schon genug Schlagzeilen geliefert hätte. Thun hat rund um die Wahlen noch eine weitere Leiche im Keller – und diese wird wortwörtlich totgeschwiegen. Die GwärbPoscht deckt auf.

Die Thuner Wählerschaft stellt am 29. November 2026 die politischen Weichen für die kommenden vier Jahre (vgl. Titelstory Seiten 1, 2 und 3 und Zweitstory Seiten 4 – 7). Im Rahmen der Ersatz- und Ergänzungswahl im vergangenen Sommer wurde das Stadtpräsidium bereits neu besetzt und der Gemeinderat um ein Mitglied ergänzt. Nun stehen die Gesamterneuerungswahlen für die Legislatur 2027–2030 an. Und diese versprechen deutlich mehr Zündstoff: Sämtliche fünf Sitze im Gemeinderat sowie die 40 Sitze im Stadtparlament werden allesamt neu vergeben.

Nach dem Sommertheater rund um Die Mitte Thun (vgl. letzte Ausgabe) erhalten die Wahlen vom 29. November 2026 nun zusätzliche Brisanz. Wie die «GwärbPoscht» erfahren hat, wird die Ausgangslage durch eine mutmassliche Wahlfälschung zusätzlich belastet. Was ist passiert?

«Verdacht auf Wahlfälschung»

Am 29. März 2026 fanden die kantonalen Wahlen statt. Die Stimmberechtigten des Kantons Bern wählten den siebenköpfigen Regierungsrat sowie die 160 Mitglieder des Grossen Rates. In Thun kam es dabei zu einem bislang ungewöhnlichen Vorfall: Im Raum steht der Verdacht auf «Fälschung oder Unterdrückung eines Stimmregisters, begangen in amtlicher Eigenschaft» gemäss Art. 282 StGB – oder vereinfacht gesagt: «Der Verdacht auf einen Versuch der Wahlfälschung.»

Wahlkommission hat umgehend reagiert

Bei der Auszählung der Wahlzettel für den Grossen Rat im Wahlkreis Thun, konkret im Auszählungsort des Berufsbildungszentrums (BBZ) IDM Thun, tauchten plötzlich zusätzliche Wahlzettel auf. Das Präsidium der Wahlkommission reagierte, stellte «das Bündel» sicher und nahm die betreffenden Zettel aus der Auszählung. Der Vorfall war so gravierend, dass das Präsidium der Wahlkommission zu einer Sitzung zusammentreten musste. Dabei beschloss das Führungsgremium, Anzeige zu erstatten – und zwar über die Stadt Thun wegen des Verdachts auf Wahlfälschung.

Aktennotiz der Stadt Thun

Der Gemeinderat von Thun wurde unverzüglich über den Vorfall informiert. Vier Tage nach der Auszählung, am 2. April 2026, erfolgte im Anzeigebüro der Polizeiwache Thun eine mündliche Meldung wegen des mutmasslichen Delikts. Nahezu gleichzeitig verschickte die Stadtkanzlei Thun eine Aktennotiz per E-Mail.

Adressiert wurde diese an das Präsidium der Wahlkommission, an die beiden zuständigen Zimmerchefs des Wahllokals sowie an die mutmasslich betroffene und offenbar am Vorfall beteiligte Partei und an zwei Stadträtinnen dieser Partei. Ob Letztere aus dem rechten oder linken politischen Lager stammt, bleibt offen – vielleicht liegt die Wahrheit irgendwo in der Mitte. Bemerkenswert ist der Vorgang und die Auswahl der Adressaten dennoch.

Was danach geschah, bleibt weitgehend im Dunkeln

Was anschliessend geschah, ist offiziell nicht bekannt. Das Verfahren – also die polizeilichen Ermittlungen und die Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft – ist grundsätzlich nicht öffentlich. Die Staatsanwaltschaft Oberland erklärt gegenüber der «GwärbPoscht»: «Damit soll eine gezielte und reibungslose Durchführung der Strafuntersuchung bzw. deren ungestörter Fortgang gewährleistet und der Prozess der Meinungsbildung und der Entscheidungsfindung innerhalb eines staatlichen Organs vor Störungen geschützt werden.» Die Begründung stützt sich auf einen Bundesgerichtsentscheid, konkret BGE 147 I 463 E. 6.6.

Schriftlich bestätigt die Staatsanwaltschaft Oberland gegenüber der «GwärbPoscht» immerhin folgendes: «Die Meldung der angeblichen Wahlfälschung anlässlich der Grossratswahlen vom 29. März 2026 war am 2. April 2026 mündlich im Anzeigebüro der Polizeiwache Thun erfolgt.» Weiter heisst es: «Der bei der regionalen Staatsanwaltschaft Oberland eingelangte schriftliche Anzeigerapport der Regionalpolizei Oberland datiert vom 26. Mai 2026.»

Keine Namen, keine Angaben

Zu möglichen Personen oder Namen wollte sich die Staatsanwaltschaft Oberland auf Nachfrage nicht äussern. Zum möglichen Offizialdelikt wird hingegen präzisiert: «Beim infrage stehenden mutmasslichen Delikt geht es um Fälschung oder Unterdrückung eines Stimmregisters, begangen in amtlicher Eigenschaft (Art. 282 StGB).» Damit ist offiziell bis heute nicht geklärt, welche Partei oder welche Person beziehungsweise Personen hinter dem mutmasslichen Delikt stehen.

Eine offene Frage mit politischer Brisanz

Das wäre spätestens im Hinblick auf die Thuner Gesamterneuerungswahlen von erheblichem Interesse. Denn falls eine mutmasslich beteiligte Person am 29. November erneut für ein öffentliches Amt kandidiert, stellt sich zwangsläufig die Frage nach Transparenz und politischer Verantwortung. Die Bevölkerung hat ein berechtigtes Interesse daran zu wissen, wer für ein öffentliches Amt kandidiert und welche offenen Vorwürfe im Raum stehen. Doch genau hier bleiben die Behörden zurück-

haltend. Der Chronist könnte an dieser Stelle einen konkreten Tatverdacht gegen eine bestimmte Person mit entsprechender Parteizugehörigkeit nennen – schon alleine aufgrund der umfangreichen Recherchen. Damit würde er allerdings selbst Gefahr laufen, sich eines Ehrverletzungsdelikts schuldig zu machen.

Sistiert – und damit vorläufig auf Eis gelegt

Besonders bemerkenswert ist deshalb eine weitere Frage: Weshalb wurde der Vorfall vom 29. März 2026 nie öffentlich kommuniziert? Die Staatsanwaltschaft Oberland erklärt dazu: «Die Orientierung der Öffentlichkeit durch die Staatsanwaltschaft richtet sich nach Art. 74 StPO. Angesichts des sistierten Verfahrens (unbekannte Täterschaft) sind die dortigen Voraussetzungen nicht erfüllt.»

Damit steht fest: Das Verfahren wurde tatsächlich sistiert. Das bedeutet, dass die Ermittlungen vorläufig ruhen, weil die Täterschaft bislang nicht ermittelt werden konnte. Die Staatsanwaltschaft Oberland stellt dazu klar: «Wir nehmen von Amtes wegen eine sistierte Untersuchung wieder auf, wenn der Grund der Sistierung weggefallen ist (Art. 315 StPO). Ergeben sich keine neuen Ermittlungsansätze, bleibt das Verfahren sistiert.»

Klingt alles nüchtern, politisch wirft es aber Fragen auf

Wenn ein Vorfall dieser Art bei einer Wahl festgestellt wird, wenn zusätzliche Wahlzettel auftauchen und eine Wahlkommission deshalb Anzeige erstattet, darf durchaus hinterfragt werden, weshalb die Öffentlichkeit davon nichts erfahren hat. Die Staatsanwaltschaft selbst hält fest, dass die Anzeige gegen Unbekannt eingereicht wurde. Gleichzeitig verweist sie auf die Schwierigkeit, eine konkrete mutmassliche Täterschaft zu ermitteln.

Auch die Stadt Thun schwieg

Wer hätte den Vorfall neben den Strafverfolgungsbehörden noch öffentlich machen können? Antwort: Die Stadt Thun. Doch auch dort wurde der Fall bislang unter dem Deckel gehalten. Der damalige Stadtpräsident Raphael Lanz wurde gleichentags der mutmasslichen Wahlfälschung ja in den Regierungsrat des Kantons Bern gewählt. In Thun blieb er aber noch bis Ende Mai als Stapi und Gemeinderat in Amt und Würden – und war damit in Kenntnis des Vorfalls und der Anzeige, welche ja via Stadt erfolgte. Somit war er auch in Mitverantwortung, ob der Fall kommuniziert wird, zumal er dem Stadtmarketing vorstand – in welchem die Abteilung Kommunikation angesiedelt ist.

Über Lanz' Amtszeit als Stadtpräsident von Thun hinaus bis und mit heute wurde der Öffentlichkeit aber nichts mitgeteilt. Umso bemerkenswerter, da sich im Rathaus nun offenbar Nervosität breit macht, seit bekannt geworden ist, dass die «GwärbPoscht» den Fall intensiv recherchiert. Wen wundert's...

Eine direkte Kontaktaufnahme durch das offizielle Thun mit dem Verfasser dieses Artikels erfolgte bislang nicht. Stattdessen

wartet man offenbar ab, was die Recherche zutage fördert. Auch das ist eine Form von Kommunikation.

Was bedeutet das für die Wahlen in Thun?

Damit stellt sich eine grundsätzliche Frage: Wie kann eine Wahl ordnungsgemäss stattfinden, wenn gleichzeitig ein ungeklärter Verdacht auf Wahlfälschung im Raum steht und möglicherweise eine Person involviert ist, die am 29. November 2026 nun auch in der Stadt Thun für ein politisches Amt kandidiert?

Die Frage ist umso berechtigter, wenn es bei den damaligen Wahlzetteln tatsächlich um mehrfach aufgeführte Namen oder eine gezielte Beeinflussung der Wahl gegangen sein sollte. Denn grundsätzlich müsste sich bei derartigen Vorgängen doch zumindest prüfen lassen, woher die zusätzlichen Wahlzettel stammen und wer darauf aufgeführt war. Sowas liesse sich doch aufarbeiten? Doch auch dazu gibt es keine Antworten – leider.

Es bleibt mehr als ein schaler Beigeschmack...

So werden die Thuner Gesamterneuerungswahlen am 29. November 2026 ordnungsgemäss und nach Plan über die Bühne gehen. Gleichzeitig bleibt aber ein erheblicher Makel im Raum: Denn irgend jemand hat im Frühjahr 2026 versucht, die kantonalen Wahlen zu manipulieren – bzw. sich und/oder andere in eine bessere Resultatposition zu bringen. Wie diese Person(en) das genau orchestriert und letztlich gemacht haben, ist offenbar nicht klar. Möglicherweise aber kandidiert diese Person und/oder andere nun erneut für ein öffentliches Amt – dieses Mal einfach auf Ebene Stadtrat und/oder Gemeinderat in der Stadt Thun.

Dieser Zustand hinterlässt mehr als einen schalen Beigeschmack. Kaum jemand muss sich noch wundern, wenn das Interesse an der Politik ganz allgemein aber auch bei Wahlen schwindet. Mit einem solchen Beispiel wie hier dargelegt, wird Desinteresse und Misstrauen geradezu noch gefördert. Aber die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt: Womöglich bringt «Kommissar Zufall» noch Licht ins Dunkel. Oder vielleicht ergeben sich in Polizei- und Justizkreisen neue Ermittlungsansätze, damit sich womöglich der Fall doch noch aufklären lässt. Zu hoffen wäre es...

Eines bleibt aber klar: Ein ungeklärter Verdacht auf Wahlfälschung gehört nicht einfach in die Sistierschublade. Schon gar nicht vor einer weiteren Wahl – und wenn diese eigentlich in ziemlich direktem Zusammenhang mit dem mutmasslichen Delikt steht. Und schon gar nicht in einer Stadt wie Thun, die auf transparente und demokratische Prozesse angewiesen ist und diese auch stets leben will, so wie das das offizielle Thun immer wieder selbstbeweihräuchernd zum Volk hinaus posaunt. In diesem Fall muss die Stadt wohl über die Bücher – gut möglich dass es dann in einer der nächsten der GwärbPoscht-Ausgaben heisst: Wahlbetrug in Thun – Teil 2.

Volksabstimmungen vom 29. November 2026: Vier nationale Vorlagen stehen im Fokus

Am 29. November 2026 kommen auf Bundesebene vier Vorlagen zur Abstimmung: Der Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk», die Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» und die Änderung des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz). Gleichentags gibt es im Kanton Bern keine Vorlage, die zur Abstimmung gelangt.

Schweiz: Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Im März 2024 hat die Schweizer Stimmbevölkerung die Initiative für eine 13. AHV-Rente angenommen. Die 13. Rente wird im Dezember 2026 erstmals an die rund 2,6 Millionen Rentnerinnen und Rentner ausbezahlt. Das kostet zu Beginn über 4 Milliarden und später über 5 Mrd. Franken. Davon muss der Bund gut einen Fünftel übernehmen. Der Rest ist zurzeit nicht finanziert. Bereits 2026 gibt die AHV mit der 13. Rente mehr aus, als sie einnimmt. Ohne zusätzliche Einnahmen wird das Defizit von Jahr zu Jahr grösser und die AHV gerät finanziell zunehmend in Schieflage. Das Parlament hat deshalb beschlossen, einen Teil der 13. AHV-Rente mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer (MWST) um 0,4 Prozentpunkte zu finanzieren. Nicht erhöht wird die Mehrwertsteuer auf gewisse alltägliche Güter wie Lebensmittel oder Medikamente. Die Erhöhung verschafft der AHV zusätzliche Einnahmen in der Höhe von schätzungsweise 1,4 Mrd. Franken pro Jahr. Zusammen mit dem Bundesbeitrag deckt sie rund die Hälfte der zusätzlichen Kosten der 13. AHV-Rente. Dadurch verringern sich die jährlichen Defizite, die durch die zusätzlichen Ausgaben für die 13. AHV-Rente entstehen, und die Reserven der AHV (Ausgleichsfonds) sinken weniger schnell. Über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer muss abgestimmt werden. Sie kann frühestens Anfang 2028 in Kraft treten. Somit gibt es für die Auszahlungen der 13. AHV-Rente in den Jahren 2026 und 2027 keine Zusatzfinanzierung.

Abstimmungsfrage: Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 19. Juni 2026 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer annehmen?

Bundesrat und Parlament empfehlen ein JA.

Begründung: Bundesrat und Parlament wollen eine finanziell stabile AHV. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die 13. AHV-

Rente ist dazu ein wichtiger Schritt. Via Mehrwertsteuer werden die Kosten für den Ausbau der AHV auf alle Generationen verteilt. Gewisse alltägliche Güter wie Lebensmittel sind von der Erhöhung ausgenommen.

Bernische Gewerbekammer: Die Gewerbekammer, das Parlament von Berner KMU, hat am 17. September 2026 in Gerzensee mit 31 zu 8 Stimmen bei einer Enthaltung bei dieser Vorlage die **NEIN-Parole** beschlossen.

Schweiz: Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk»

Feuerwerk löst sehr unterschiedliche Reaktionen aus. Für die einen gehört es traditionell zum 1. August und vermehrt auch zu Silvester. Für andere ist Feuerwerk ein Ärgernis, das Lärm und Umweltverschmutzung verursacht sowie Tiere aufschreckt. Heute gibt es zahlreiche Vorschriften wie Altersgrenzen und Bewilligungspflichten, die den Gebrauch von Feuerwerk regeln. Zudem können die Kantone und die Gemeinden den Verkauf und die Verwendung von Feuerwerkskörpern beschränken oder verbieten. Sie haben damit die Möglichkeit, die negativen Auswirkungen von Feuerwerk zu reduzieren. Die Initianten verlangen einen stärkeren Schutz von Menschen, Tieren und Natur vor Lärm, Luftschadstoffen, Abfall, Unfällen und Bränden, die durch Feuerwerk verursacht werden. Die Volksinitiative will den Verkauf und die Verwendung von Feuerwerkskörpern, die Lärm erzeugen, verbieten. Sie lässt offen, welche Feuerwerkskörper als lärmerzeugend gelten und daher verboten werden sollen. Lärmarme Feuerwerkskörper wie bengalische Feuer und herkömmliche Vulkane sollen gemäss den Initiantinnen und Initianten erlaubt bleiben. Zudem könnten die Kantone für Anlässe von überregionaler Bedeutung Ausnahmegewilligungen erteilen, etwa zum Nationalfeiertag oder bei anderen Volksfesten. Auch an solchen Anlässen sollen Einzelpersonen keine lärmerzeugenden Feuerwerkskörper abbrennen dürfen.

Abstimmungsfrage: Wollen Sie die Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk» annehmen?

Bundesrat und Parlament empfehlen ein NEIN.

Begründung: Für Bundesrat und Parlament geht die Initiative zu weit. Feuerwerk gehört für viele am 1. August oder an Silvester zur Feier. Die Belastungen durch Feuerwerk sind auf wenige Tage im Jahr begrenzt. Sein Gebrauch ist schon heute stark reglementiert. Die Kantone und die Gemeinden können Feuerwerk zusätzlich einschränken.

Bernische Gewerbekammer: Die Gewerbekammer hat bei dieser Vorlage einstimmig die **NEIN-Parole** beschlossen.

Schweiz: Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!»

Heute werden Ehepaare und unverheiratete Paare unterschiedlich besteuert. Mit der vom Stimmvolk am 8. März 2026 angenommenen Individualbesteuerung entfällt diese unterschiedliche Behandlung. Ab 2032 werden alle Steuerpflichtigen auf Bundes- und Kantonsebene individuell besteuert. Das heisst: Jede Person versteuert das eigene Einkommen und Vermögen. Im Gegensatz zur Individualbesteuerung sieht die Initiative vor, dass die Einkommen eines Ehepaars für die direkte Bundessteuer weiterhin zusammengerechnet werden. Zudem sollen Ehepaare gegenüber anderen Steuerpflichtigen nicht benachteiligt werden. Beides soll neu in der Verfassung stehen. Das Parlament hat drei Jahre Zeit, die Initiative per Gesetz umzusetzen. Tritt bis 2030 kein entsprechendes Gesetz in Kraft, muss der Bundesrat die sogenannte alternative Steuerberechnung einführen: Dabei wird die direkte Bundessteuer eines Ehepaars sowohl nach der gemeinsamen Besteuerung berechnet als auch nach der Besteuerung von Unverheirateten. Das Ehepaar bezahlt dann den tieferen Betrag. Die finanziellen Auswirkungen der Initiative hängen von der Umsetzung durch Bundesrat oder Parlament ab. Gestützt auf die heutigen Steuertarife dürften je nach Umsetzung bei der direkten Bundessteuer vor allem Ehepaare insgesamt um schätzungsweise 680 Millionen bis 3 Mrd. Franken pro Jahr entlastet werden. Auf Kantonsebene würde hingegen ab 2032 die Individualbesteuerung gelten, falls dies bis dahin gesetzlich nicht angepasst wird.

Abstimmungsfrage: Wollen Sie die Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» annehmen?

Bundesrat und Parlament empfehlen ein NEIN.

Begründung: Bundesrat und Parlament empfehlen, die Initiative abzulehnen. Die Heiratsstrafe ist mit der Individualbesteuerung bereits abgeschafft. Die Initiative privilegiert Ehepaare gegenüber Unverheirateten und schafft neue Unsicherheiten, weil sie zu widersprüchlichen Steuersystemen führen kann.

Bernische Gewerbekammer: Die Gewerbekammer hat bei dieser Vorlage mit 19 zu 16 Stimmen bei 5 Enthaltungen die **NEIN-Parole** beschlossen.

Schweiz: Änderung des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz, KMG)

Das Kriegsmaterialgesetz legt fest, unter welchen Voraussetzungen Waffen, Waffensysteme und Waffenteile exportiert werden dürfen. Ein Export wird beispielsweise nicht bewilligt, wenn das Bestimmungsland in einen bewaffneten Konflikt verwickelt ist oder Menschenrechte verletzt. Ausgeschlossen ist ein Export auch, wenn das Risiko besteht, dass das Material gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt oder unerlaubt weitergegeben wird. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Sicherheitslage in Europa deutlich verschlechtert. Damit der Bundesrat angemessen auf die neuen Herausforderungen reagieren kann, hat das Parlament beschlossen, die Bedingungen für den Export von Kriegsmaterial anzupassen. Sofern es mit der Neutralität und den aussen- und sicherheitspolitischen Interessen vereinbar ist, darf Kriegsmaterial neu an einen Partnerstaat geliefert werden, der in einen bewaffneten Konflikt verwickelt ist. Neu kann der Bundesrat auch von den Bewilligungskriterien abweichen, wenn ausserordentliche Umstände bestehen und dies zur Wahrung der Interessen der Schweiz erforderlich ist. Staaten, die Schweizer Kriegsmaterial kaufen, müssen zudem nicht mehr in jedem Fall zusichern, dass sie dieses nur mit Einwilligung der Schweiz an andere Länder weitergeben. Bewilligungen müssen weiterhin immer mit dem Neutralitätsrecht, den Menschenrechten und anderen internationalen Verpflichtungen vereinbar sein. Gegen diese Änderungen wurde das Referendum ergriffen. Deshalb wird die Vorlage dem Volk zur Abstimmung vorgelegt.

Abstimmungsfrage: Wollen Sie die Änderung vom 19. Dezember 2025 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz, KMG) annehmen?

Bundesrat und Parlament empfehlen ein JA.

Begründung: Bundesrat und Parlament wollen mit den vorgesehenen Anpassungen sicherstellen, dass die Schweiz Kriegsmaterial an Partnerstaaten exportieren und eine wettbewerbsfähige Rüstungsindustrie im Inland aufrechterhalten kann. Dies ist eine Voraussetzung, damit sich die neutrale Schweiz im Angriffsfall verteidigen kann.

Bernische Gewerbekammer: Die Gewerbekammer hat ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung bei dieser Vorlage die **JA-Parole** beschlossen.

Quelle: Schweizerische Eidgenossenschaft, www.admin.ch

peter spring ag

malerei | gipserei | spritzwerk *Für Euch
springe mir gönn!*

peterspring.ch

**RT | RECHTSANWÄLTE
THUN** NOTARIAT
ADVOKATUR

JÜRGE FRIEDLI
STEFAN SCHMUTZ
STEFANIE WAGNER
FABIAN WIENERT
SELINA STÄHLI

RECHTSANWAELTE-THUN.CH
033 222 22 66

Von Haus aus.

CASA IMMOBILIEN

033 222 66 55 • casa-immo.ch

*Tertianum
Residenz
Bellevue-Park*

Brasserie du Parc

Göttibachweg 2
3600 Thun
033 227 07 07
tertianum.ch

TERTIANUM



Hunziker

Elektro Hunziker AG
+41 33 225 10 10
info@elektrohunziker.ch

asoag

JOBS FOR PEOPLE

BERN · THUN · SOLOTHURN
WWW.ASOAG.CH

ZAUGG BAU

Wir bauen auf Partnerschaft.

ZAUGG BAU AG
Allmendingen-Allee 2
3608 Thun
Tel. 033 334 22 55
mail@zauggbau.ch
www.zauggbau.ch



immowys

Immobilien kaufen
oder verkaufen?

Zu Ihrem Vorteil.

033 221 77 33
immowys.ch



«THUNFISCHLI»

steinmann



Toutvent AG

Restaurationsbetriebe · Catering- und Partyservice

thun expo

Tel. 033 225 11 31 · Fax 033 225 11 37
www.toutventag.ch · info@toutventag.ch

**ADOLF
KREBS**

Sanitär
Heizung
Lüftung
Service

75 Jahre
1951 - 2026

www.adolfkrebs.ch



KINO Rex

www.rex-thun.ch



**R. REINHARD
ADVISORY**

Reinhard Advisory AG
Kyburgstrasse 9
3600 Thun
reinhardadvisory.ch

Beratung
Management
Strategie

Satz Team

GRAFIK | LAYOUT | DIGITALDRUCK

Wir machen Ideen sichtbar

Satz-Team AG | Militärstrasse 6 | 3600 Thun
033 223 30 30 | satz@satzteam.ch | satzteam.ch



TEXTCUBE

Agentur für Kommunikation

Obere Hauptgasse 74
CH-3600 Thun
www.textcube.ch

